



Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Gruppe AfD / dieBasis Datum: 26.04.2023	Antrag	2023/102
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Antrag der Gruppe AfD / dieBasis vom 15.03.2023 zum Thema: "Mobbing- und Gewaltprävention in kreiseigenen Schulen installieren!" (Im Stand der 1. Aktualisierung der Verwaltung vom 12.04.2023)

Produkt/e:

243-000 Allgemeine schulische Aufgaben
111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

N 17.04.2023 Kreisausschuss
Ö 27.04.2023 Ausschuss für Schule und Bildung
N 15.05.2023 Kreisausschuss
Ö 08.06.2023 Kreistag

Anlage/n:

Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf,

1. unverzüglich in Zusammenarbeit mit den kreiseigenen Schulen ein Mobbing- und Gewaltpräventionsprogramm zu installieren und hierfür gegebenenfalls externes Fachpersonal zu beauftragen,
2. zur Finanzierung dieser Maßnahme Gelder beim Landespräventionsrat zu beantragen,
3. über den Fortgang der Maßnahme regelmäßig im Schulausschuss zu informieren.

Sachlage:

Die erschütternden Morde an der 12-jährigen Luise¹ aus Freudenberg und an dem 14-jährigen Jan² aus Wunstorf durch Gleichaltrige, bzw. Mitschüler zeigen nicht nur durch die Grausamkeit der Taten, sondern auch durch das niedrige Lebensalter der Täter und Täterinnen. Es offenbart sich hier an den Schulen ein dringlicher Handlungsbedarf.

¹<https://www.welt.de/vermishtes/kriminalitaet/article244283215/Freudenberg-Maedchen-gesteht-Toetung-von-Luise-12-Justizminister-zeigt-sich-erschuettert.html>

²<https://www.rtl.de/cms/wunstorf-freund-14-des-getoeteten-jan-n-14-wegen-mordverdachts-in-u-haft-5027300.html>

Die schlimmen Verbrechen von schulpflichtigen Kindern in den letzten Wochen zeigen deutlich einen Handlungsbedarf auf. Gewalt und Mobbing werden in den Schulen zu immer größeren Problemen. Die lange Isolation vieler Kinder während des Corona-Lockdowns, sowie intensive Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche gefährden scheinbar zunehmend die sozialen Kompetenzfähigkeiten. Diese enden nicht selten in Mobbing und Gewalt im Schulalltag.

Jedem Schüler und jeder Schülerin muss es aber möglich sein, frei von Bedrängnis und wiederholter absichtlicher Erniedrigung zur Schule gehen zu können. In diesem Sinne gilt es, zielgruppengerechte Maßnahmen gegen Gewalt und Mobbing durchzuführen. Es gehört zu den Pflichten der Institution Schule, Schülern einen adäquaten Entwicklungsraum zu bieten und auf ein angemessenes Schulklima hinzuwirken.

Angesichts der Verbrechen in Freudenberg und Wunstorf hat der Landkreis hier akuten Handlungsbedarf.

Stephan Bothe

Gruppe AfD-Fraktion/Die Basis

Stellungnahme der Verwaltung vom 12.04.2023:

Der Antrag "Mobbing- und Gewaltprävention in kreiseigenen Schulen installieren" der Gruppe AfD-Fraktion/Die Basis fordert vor dem Hintergrund zweier Morde verübt durch minderjährige und teilweise strafunmündigen Jugendliche, dass die Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit den kreiseigenen Schulen ein Mobbing- und Gewaltpräventionsprogramm installiert, zur Finanzierung dieser Maßnahme Gelder beim Landespräventionsrat beantragt und über den Fortgang der Maßnahme regelmäßig im Schulausschuss berichtet.

Grundsätzlich bestehen sowohl auf Landes- als auch Kommunalebene diverse Präventionsmaßnahmen und -mechanismen. So wurde 2016 der Präventionserlass "Sicherheits- und Gewaltpräventionsmaßnahmen in Schulen in Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsanwaltschaft" vom niedersächsischen Kultusministerium aktualisiert: Schulen sind verpflichtet, ein schuleigenes Präventionskonzept zu erstellen, dieses mit dem Schulleiternrat und Schülerrat abzustimmen und in die Schulprogrammentwicklung einzubeziehen. Außerdem ist an jeder Schule ein Ansprechteam installiert, das neben Lehrkräften, Schulleitung und Sozialarbeiter*innen auch ältere Schüler*innen als sogenannte "Buddys" für jüngere Schüler*innen umfasst. Gleichzeitig bestehen in Kooperation mit landesweiten Projekten wie den Mobbing-Interventions-Teams fortlaufende und regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte.

Auf Kommunalebene stellt der Kriminalpräventionsrat (KPR) einen äußerst wichtigen Akteur in der Schulpräventionsarbeit dar. Der KPR ist seit 2007 in Hansestadt und Landkreis Lüneburg tätig und wird sowohl von der Hansestadt als auch dem Landkreis finanziell gefördert. Zusammen mit dem Präventionsteam der Polizeiinspektion Lüneburg werden Kampagnen, Veranstaltungen und Workshops inhaltlich in sieben Arbeitskreisen erarbeitet. Zielgruppen sind Kita-Kinder, Grundschüler*innen, Schüler*innen auf weiterführenden Schulen und Erwachsene. In den Arbeitskreisen kooperiert der KPR und das Präventionsteam der Polizeiinspektion Lüneburg mit über 50 Institutionen und Behörden, sodass bedarfsgerechte und zielgenaue Präventionsformate entstehen und didaktisch aufbereitet zugänglich gemacht werden.

Beispielhaft erwähnt sei die im Februar 2023 gestartete Präventionskampagne zum Thema Sexting "Maya und Alex". Beim Sexting handelt es sich um eine kommunikative Praktik, selbstproduzierte freizügige Aufnahmen über digitale Endgeräte auszutauschen. Die Präventionsarbeit zielt nicht auf ein hartes Durchgreifen oder ein Verbot ab, sondern darauf, Schüler*innen für das Thema zu sensibilisieren und auf mögliche Fallstricke hinzuweisen. Im Zentrum der Kampagne steht ein Kurzfilm, der aus einer Anfangsszene und drei darauf aufbauenden Handlungsoptionen besteht. Die Schüler*innen (meist 9. oder 10. Klasse) werden so zunächst mit der Ausgangssituation (dem Verschicken eines Intimbildes von Maya) konfrontiert und beschäftigen sich danach mit den Handlungsoptionen von Alex. Neben dem Film werden den Schulen ein Unterrichtskonzept, Arbeitsmaterialien und best-practice-Beispiele zur Verfügung gestellt. Die "Maya und Alex" Kampagne stellt nur eines von vielen Präventionsformaten in der Hansestadt und im Landkreis dar, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene für Themen in ihrer Lebenswelt sensibilisieren, auf Gefahren hinweisen und selbstwirksame Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Die folgende Liste zeigt einige Präventionsformate in Schulen und Kitas auf:

- Seminar für Eltern: Erziehungskompetenz stärken
- Workshop für Fachkräfte in Kitas:

Workshop Prävention gegen Gewalt an Mädchen und Jungen in Kindertagesstätten

- Fortbildung für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen:

No-Blame-Approach - Mobbingintervention ohne Schuldzuweisungen

- Training für Schüler*innen in der 8. und 9. Klasse:

Starke Schüler Ausbildung - Systemische Mobbingprävention

- Training für Schüler*innen ab der 8. Klasse:

Präventionstraining zu Hate Speech, Cybermobbing und Digitalcourage

- Mobiles Theaterstück ab 8. Klasse:

der Kick - zum Thema ideologisch motivierte Gewalt

- Interaktives Theaterstück ab 7. Klasse:

Erste Stunde - zum Thema Mobbing, Gewalt und Ausgrenzung

- Für Schüler*innen in der 1. und 2. Klasse:

Präventionspuppenbühne

- Für Schüler*innen zwischen der 2. Bis 4. Klasse:

Aufrecht in die Welt gehen - Selbstbehauptung erlernen - Mut wachsen lassen

Zu einem umfassenden Überblick aller im KPR aufgeführten Präventionsformate gelangen Sie mit folgendem Link:

<https://www.landkreis-lueneburg.de/Resources/Persistent/0/5/2/f/052fd29db7380e9b0feac8674e7908b6d193146d/Baustein%20Gewaltpr%C3%A4vention.pdf>,

Hinzu kommen weitere private Anbieter von Präventionsformaten, die nicht durch den KPR gelistet sind, wie etwa "Kinder löwenstark" mit dem Fokus Selbstbehauptung und Resilienzaufbau von Kindern.

Allein die weit über 40 Workshops, die der Kriminalpräventionsrat zusammengefasst hat, zeigen, dass es ein vielfältiges Präventionsprogramm in Hansestadt und Landkreis Lüneburg gibt. Zusätzliche Formate werden aus Sicht der Verwaltung daher nicht benötigt.



**Antrag der Gruppe AfD-Fraktion/Die Basis an den Kreistag
15.03.2023**

Mobbing- und Gewaltprävention in kreiseigenen Schulen installieren!

Vorbemerkung:

Die erschütternden Morde an der 12-jährigen Luise¹ aus Freudenberg und an dem 14-jährigen Jan² aus Wunstorf durch Gleichaltrige, bzw. Mitschüler zeigen nicht nur durch die Grausamkeit der Taten, sondern auch durch das niedrige Lebensalter der Täter und Täterinnen. Es offenbart sich hier an den Schulen ein dringlicher Handlungsbedarf.

¹<https://www.welt.de/vermishtes/kriminalitaet/article244283215/Freudenberg-Maedchen-gestehen-Toetung-von-Luise-12-Justizminister-zeigt-sich-erschuettert.html>

²<https://www.rtl.de/cms/wunstorf-freund-14-des-getoeteten-jan-n-14-wegen-mordverdachts-in-u-haft-5027300.html>

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf,

1. unverzüglich in Zusammenarbeit mit den kreiseigenen Schulen ein Mobbing- und Gewaltpräventionsprogramm zu installieren und hierfür gegebenenfalls externes Fachpersonal zu beauftragen,
2. zur Finanzierung dieser Maßnahme Gelder beim Landespräventionsrat zu beantragen,
3. über den Fortgang der Maßnahme regelmäßig im Schulausschuss zu informieren.

Begründung:

Die schlimmen Verbrechen von schulpflichtigen Kindern in den letzten Wochen zeigen deutlich einen Handlungsbedarf auf. Gewalt und Mobbing werden in den Schulen zu immer größeren Problemen. Die lange Isolation vieler Kinder während des Corona-Lockdowns, sowie intensive Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche gefährden scheinbar zunehmend die sozialen Kompetenzfähigkeiten. Diese enden nicht selten in Mobbing und Gewalt im Schulalltag.



Jedem Schüler und jeder Schülerin muss es aber möglich sein, frei von Bedrängnis und wiederholter absichtlicher Erniedrigung zur Schule gehen zu können. In diesem Sinne gilt es, zielgruppengerechte Maßnahmen gegen Gewalt und Mobbing durchzuführen. Es gehört zu den Pflichten der Institution Schule, Schülern einen adäquaten Entwicklungsraum zu bieten und auf ein angemessenes Schulklima hinzuwirken. Angesichts der Verbrechen in Freudenberg und Wunstorf hat der Landkreis hier akuten Handlungsbedarf.

Stephan Bothe

Gruppe AfD-Fraktion/Die Basis